

## Neunte Sitzung – Neuvième séance

Donnerstag, 14. Juni 1990, Vormittag  
Jeudi 14 juin 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffy

90.010

### Europarat. Bericht Conseil de l'Europe. Rapport

Bericht des Bundesrates vom 14. Februar 1990 (BBI I, 1472)  
Rapport du Conseil fédéral du 14 février 1990 (FF I, 1411)

Antrag der Kommission  
Kenntnisnahme vom Bericht  
Proposition de la commission  
Prendre acte du rapport

**Bundi**, Berichterstatter: Die beiden zur Diskussion stehenden Berichte, derjenige des Bundesrates und derjenige der Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat, widerspiegeln eine aktive und vielfältige Tätigkeit dieser grossen westeuropäischen Organisation. Hauptziel des Europarates ist es bekanntlich, die Harmonisierung des Rechts anzustreben. Mittel dazu sind die verschiedenen Konventionen. Im Jahre 1989 – es war zugleich das 40jährige Jubiläum des Europarates – unterzeichnete denn auch die Schweiz vier neue Konventionen, von denen eine – diejenige über Gewalttätigkeiten bei Sportanlässen – von unserem Parlament bereits ratifiziert worden ist.

Sollen die Konventionen nicht nur Deklamationen ohne Bedeutung oder nicht nur ein Fetzen Papier sein, dann muss der Europarat mit Nachdruck darauf bestehen, dass ihnen auch Nachachtung verschafft wird. In dieser Beziehung bestehen Probleme auf zwei Ebenen. Einmal ergeben sich gewisse Schwierigkeiten in bezug auf die gegenseitige Abstimmung der EG-Gesetzgebung mit den Konventionen des Europarates. Eine Klausel – genannt Abkoppelungsklausel – gibt den EG-Ländern das Recht, in ihren gegenseitigen Beziehungen die Konvention nur dann anzuwenden, wenn keine EG-Regel besteht, die ein bestimmtes Gebiet abdeckt. Auf schweizerische Initiative hin wurde eine Studie über die Auswirkungen dieser Klausel durchgeführt. Ein Gremium von Experten des internationalen Rechts kam zum Schluss, diese Klausel sei zwar mit dem internationalen öffentlichen Recht kompatibel, solle aber zurückhaltend angewendet werden. Damit besteht also nach wie vor die Gefahr, dass europäisches Recht – vom Europarat erarbeitet und vorgeschlagen – nicht von allen Unterzeichnerstaaten im gleichen Masse und Sinn angewendet wird.

Das andere Problem betrifft das Einhalten der Inhalte der Konventionen. Da wurde z. B. von vielen Staaten das aufgrund schweizerischer Initiative zustande gekommene Übereinkommen zur Bekämpfung der Folter ratifiziert. Es trat auch am 1. Februar 1989 in Kraft. Der Ausschuss für die Inspektionen, dem auch ein Schweizer als zweiter Vizepräsident angehört, ist bestellt worden und hat seine Arbeit aufgenommen. Besuche in Gefängnissen haben schon stattgefunden. Betrübtlich ist es aber festzustellen, dass ein Staat wie die Türkei, die als Mitglied des Europarates diese Konvention ratifiziert hat, die Menschenrechte nach wie vor nicht genügend beachtet. Der Europarat darf nicht nur gegenüber neu aufzunehmenden Mit-

gliedern den strengen Massstab der Aufnahmebedingungen anwenden. Er muss meines Erachtens auch nachhaltig die Aktivitäten der Vollmitglieder unter die Lupe nehmen und wenn nötig einschneidende Konsequenzen ziehen.

Nebst einer Intensivierung der Kontakte des Europarates zur Europäischen Gemeinschaft war das Jahr 1989 gekennzeichnet durch die Geschehnisse in Osteuropa, dessen Länder nun den Zugang zum Europarat erreichen möchten. Mit Ausnahme von Albanien und der Sowjetunion haben alle osteuropäischen Staaten Gesuche um Beitritt zum Europarat gestellt. Auf ihre Anfragen hin wurden Rumänien und Bulgarien vom Ministerkomitee auf später vertröstet, weil die demokratische Entwicklung in diesen beiden Staaten noch nicht genügend weit gediehen ist. Sie haben aber die Möglichkeit, als Gäste aufgenommen zu werden.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates beschloss im Mai 1989, Jugoslawien, Polen, der Sowjetunion und Ungarn den Gästestatus zu geben. Damit eröffnen sich in Strassburg zusätzliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Erstes Land, dessen Aufnahmegesuch in den Europarat noch in diesem Jahr von der Parlamentarischen Versammlung und alsdann vom Ministerrat geprüft und worüber beschlossen werden soll, ist Ungarn. Danach werden bald die Tschechoslowakei und Polen folgen. Es ist aber der feste Wille des Europarates, an den strengen Aufnahmekriterien festzuhalten, nämlich insbesondere an den Voraussetzungen der Einhaltung der Menschenrechte, des demokratischen Staates, der Parteienvielfalt.

Ein wichtiges Instrument der Ausgleichs- und Regionalpolitik des Europarates bildet der Soziale Entwicklungsfonds. Mit dem Darlehen aus diesem Fonds kann Hilfe an Flüchtlinge und Wanderarbeiter, an benachteiligte Regionen und an Gebiete, die unter den Folgen von Naturkatastrophen leiden, geleistet werden. Die Mittel werden grösstenteils von Mittelmeerlandern in Anspruch genommen. In dieser Tatsache widerspiegelt sich das europäische Nord-Süd-Gefälle. In Zukunft sollen Mittel dieses Fonds, die laufend nach oben angepasst werden, gegebenenfalls auch osteuropäischen Ländern wie Ungarn und Polen zugute kommen.

Die Frage stellt sich, ob die Darlehen, welche zu Marktbedingungen – im konkreten Fall zu einem mittleren technischen Zinssatz von zirka sechs Prozent – gewährt werden, nicht zinsgünstiger oder gar zinslos angeboten werden sollten. Dafür müsste die Gewährleistung der Menschenrechte – wie z. B. im Falle der Türkei, die 1988 der Hauptnutznieser dieses Fonds war – zur unbedingten Voraussetzung erklärt werden.

Der Schweiz würde es gut anstehen, sich bei diesem sozialen Ausgleichssystem vermehrt zu engagieren, aber auch unerbittlich auf die Menschenrechtssituation zu pochen, die eben auch in einem sehr engen Zusammenhang mit den Flüchtlingen aus den betreffenden Ländern steht.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat auch mit grosser Befriedigung von der Initiative und ausgreifenden Tätigkeit unserer Parlamentarierdelegation im Europarat Kenntnis genommen. Der entsprechende Bericht enthält denn auch mannigfache Hinweise auf diverse Aktionsfelder. Im Zentrum der Aufmerksamkeit in Strassburg standen zweifellos die Kontakte zu Osteuropa. Hier hatte die Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten, die unter dem Präsidium unseres Ratskollegen Sager steht, einige vielversprechende Erfolge aufzuweisen.

Ihre Anregung, dem Sondergästestatus eine nächste Stufe der Assoziierung folgen zu lassen, fand in den zuständigen Gremien Anklang. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat anfangs Mai dieses Jahres die Idee dieser Kommission gutgeheissen, der KSZE im Europarat eine demokratische parlamentarische Basis anzubieten. Diese Konstruktion würde es gestatten, dass vor allem die USA und Kanada eine sogenannte KSZE-assoziierte Mitgliedschaft beim Europarat erlangen könnten.

Mit dieser neuen Architektur Europas, die sich in Umrissen abzeichnet, würde der Europarat in absehbarer Zeit eine Organisation mit dreissig Vollmitgliedern und fünf Staaten mit Sonderstatus, das heisst, er wäre mit allen 35 KSZE-Staaten verbunden. Es ist klar, dass ein derart verbundenes Europa – es

wird auch etwa von europäischer Konföderation gesprochen – in ein optimales sicherheitspolitisches System eingebettet ist und ebenso feste Voraussetzungen für die Hochhaltung der Menschenrechte bietet. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten weiss den ausserordentlichen Einsatz unserer Delegationsmitglieder für dieses neue Konzept sehr zu schätzen und dankt ihnen für ihre grosse Arbeit.

Die unerwartete Oeffnung Osteuropas gegenüber dem Westen hat völlig neue Perspektiven geschaffen. Was gestern noch unmöglich schien, ist heute bereits greifbar. Was Churchill in seiner berühmten Zürcher Rede 1947 aussprach, als er zur Schaffung eines föderalistischen, vereinigten Europas und damit zur Schaffung des Europarates aufrief, geht jetzt langsam der Erfüllung entgegen, nämlich sein Wunsch und seine Hoffnung, dass eines Tages auch die osteuropäischen Staaten zum vereinigten Europa gehören und dass dieses alle Staaten, vom Atlantik bis zum Ural, umfasst. Die Berichte über den Europarat zum Jahre 1989 werden durch die Ereignisse dieses Jahres laufend überholt, und diese bestätigen die 1989 angezeigte Kursrichtung. Somit können wir optimistisch in die Zukunft schauen.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten bittet den Rat, von beiden Berichten Kenntnis zu nehmen.

**M. Petitpierre**, rapporteur: Les deux rapports sur le Conseil de l'Europe sont l'occasion privilégiée pour le Parlement de s'accorder quelques minutes de réflexion générale au sujet de l'Europe, et de l'intégration européenne, que les exigences de l'actualité immédiate, les questions liées à nos rapports avec la Communauté européenne ont tendance – personnellement je le regrette – à rejeter à l'arrière-plan.

Nous devons clairement et nettement nous rappeler que l'intégration européenne ne se limite pas au seul renforcement de la Communauté et que l'action de la Suisse ne se concentre pas exclusivement sur nos relations avec cette dernière. Ce n'est en aucune façon contester l'importance de ce thème, ni reprocher au gouvernement l'énergie qu'il y consacre que de vouloir le placer dans un cadre plus vaste qui est celui de l'Europe historique, géographique, culturelle qui compte une bonne trentaine de pays. Ce n'est pas non plus critiquer le gouvernement que de mettre en évidence les devoirs et les moyens de la Suisse, de son gouvernement, de son Parlement dans cette optique plus vaste qui est en vérité celle de l'avenir à plus long terme.

Si j'insiste sur ce point, c'est parce qu'il est nécessaire, du point de vue intellectuel, que les Suisses se donnent des références générales qui les protègent contre la tentation de prendre la partie pour le tout parce qu'il faut, du point de vue psychologique, que notre destin européen ne dépende pas exclusivement des négociations qui vont commencer et que, malgré leur enjeu considérable, elles s'inscrivent dans une continuité et dans une politique d'ensemble qui font que notre pays n'est pas aussi démuné ni désemparé qu'on se plait ici et là à le répéter.

Le Conseil de l'Europe est un lieu privilégié de cette action visant l'ensemble de l'Europe. Il est le berceau possible d'une construction flexible, à caractère confédéral, que la Suisse ne peut que souhaiter et encourager. Il comporte avec l'Assemblée parlementaire un organe formé d'élus des vingt-trois pays membres et des parlementaires invités spéciaux des six pays de l'Europe centrale et orientale, pays qui suivent les voies de la démocratisation. Nous ne voulions pas, M. Bundi et moi, vous dire la même chose, c'est pourquoi je me réfère à son rapport et je ne reviens maintenant que sur deux ou trois points plus particuliers.

Tout d'abord les difficultés qui ont marqué l'année qui vient de se terminer. Les pays de la Communauté – M. Bundi vous l'a dit, je le répète en français – sont tentés – il en est question au point 22 du rapport écrit du Conseil fédéral – par la clause dite de «déconnexion», clause qui permettrait aux pays de la Communauté de se libérer des engagements pris dans le cadre du Conseil de l'Europe aussitôt que la Communauté aurait établi elle-même des règles propres. C'est une tâche incombant sans aucun doute à notre diplomatie et aux membres de l'Assemblée parlementaire que de combattre cette tendance, qui

est réductrice et qui peut conduire à de nouvelles disparités en Europe tout à fait contraires aux objectifs d'une politique d'ensemble.

Un deuxième élément de difficultés réside dans la répartition des rôles entre la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe d'une part, le Conseil de l'Europe de l'autre. Il faudra – c'est déjà fait par les Suisses dans le cadre de la diplomatie du gouvernement et de la délégation à travers l'action de M. Sager – soit éviter tout danger de duplication des efforts. Le risque est réel et il faut éviter dans le domaine si important des règles démocratiques et des droits de l'homme que ne s'établisse une sorte d'Europe à deux vitesses, en ce sens qu'on affaiblirait les exigences du Conseil de l'Europe dans le cadre de la CSCE; cela serait d'autant plus regrettable qu'on prendrait le risque d'un recul au moment où, au contraire, les chances d'un progrès n'ont jamais été si grandes.

Dernier point au niveau des difficultés, les ressources financières du Conseil de l'Europe. Vous le savez, son action est entravée par le manque de moyens. La Suisse vient – vous l'avez décidé il y a quelques jours – d'augmenter unilatéralement sa contribution de 10 pour cent, mais cela ne suffit pas. La cause première est la résistance au sein du Comité des ministres, alors que l'Assemblée parlementaire, qui n'a aucun pouvoir budgétaire ou financier réel serait beaucoup plus généreuse.

Dans l'ordre des éléments positifs, le point le plus important est celui de l'ouverture vers les pays de l'Europe du centre et de l'est qui sont en voie de démocratisation. Je ne reprends pas ce que vient de dire M. Bundi, sauf pour souligner – en français aussi – le rôle décisif de membres de la Délégation parlementaire suisse, tout particulièrement le rôle décisif de l'action de M. Sager. Il faut préciser à ce propos que nous avons la ferme volonté de ne pas renoncer aux exigences les plus strictes vis-à-vis des pays qui voudraient entrer dans le Conseil de l'Europe. En matière de démocratie et de Droits de l'homme, il n'est pas question, au nom de l'ouverture, de faire des concessions sur ces points. J'insiste là-dessus car le souci en a été exprimé à plusieurs reprises jusqu'au Conseil des Etats dans sa séance d'hier.

C'est le moment de rappeler que la Turquie pose sans cesse des problèmes, est l'objet constant de remarques, de questions, voire d'enquêtes à propos des minorités et de leur traitement, en particulier à propos de la minorité Kurde.

Je renonce à reprendre par le menu les questions de détail qui ont été soulevées en commission. Si ceux qu'elles préoccupent le souhaitent, nous pourrions toujours les examiner dans le cadre du débat.

Je voulais vous donner ces quelques compléments sur les activités d'une institution dont M. Sager a dit et dit encore avec raison que si elle n'existait pas il serait vraiment temps de l'inventer. Je vous prie de bien vouloir prendre connaissance des rapports.

**M. Pini**: Je viens de lire tout à l'heure que la réunion de Göteborg, dans laquelle notre pays est engagé et dont M. Delamuraz est le président, tente d'opérer une soudure afin de permettre à l'AELE de présenter ses propositions dans le cadre de la négociation sur l'Espace économique européen. A l'occasion des rapports présentés par le Conseil fédéral et par notre délégation sur le Conseil de l'Europe, j'émettrai un vœu: la Suisse doit commencer à proposer et non se limiter à négocier.

Ce matin dans cette salle, nous vivons un rituel qui attire une certaine attention, celui des rapports, l'un du gouvernement et l'autre de notre délégation parlementaire. Quelques-uns parmi vous ont eu la patience de les lire, ce qui leur a permis de constater la précision avec laquelle le Conseil fédéral a porté son intérêt sur les événements les plus significatifs d'une année déjà écoulée.

En définitive, le problème fondamental qui se pose à nous, si nous voulons proposer, c'est de choisir dans quel domaine et par quel intermédiaire nous voulons agir vis-à-vis de l'Europe qui est en train de se construire. Nous n'avons pas mille possibilités pour trouver le forum adéquat nous permettant d'exprimer nos suggestions. Nous devons passer par le Conseil de l'Europe. Pourquoi? Nous en sommes depuis 1963 et ce con-

seil, malgré sa faiblesse «consultative», reste tout de même l'organisme le plus représentatif de l'Europe occidentale et bientôt aussi d'une partie non négligeable des pays de l'Est gagnés à la démocratie et à la liberté.

Le rapport page 3 indique – cela avait déjà été le cas il y a deux ans – que nous devons apporter une réponse commune aux défis auxquels est confrontée la société européenne contemporaine. C'est précisément cette réponse commune qui manque aujourd'hui à l'Europe que nous souhaitons communautaire. Nous n'avons aucune réponse commune pratique sur le plan de l'environnement, ni au niveau des transports, ni pour l'asile, et, surtout, pour les émigrés ou les immigrés. Nous sommes dépourvus de toute politique commune sur le plan de la sécurité, nous n'avons aucune politique étrangère et aucune monnaie commune. «Non abbiamo quasi niente». Il faut le dire sans rougir et ne pas prétendre que cela n'est pas vrai. Oui, c'est vrai. Cela signifie que nous avons devant nous de grandes possibilités de construction commune. L'Europe n'est pas encore faite. On veut la faire et il y a des projets, celui de M. Delors, l'union douanière de la Communauté des douze, et le défi de 1992.

Certes, la Suisse n'a pas encore un projet bien défini et je crois que nous devrions parvenir à proposer, grâce à l'expérience fédérale, ce que mentionnait tout à l'heure M. Petitpierre, rapporteur de langue française, une approche et une construction européenne confédérale. Pourquoi pas, Monsieur le conseiller fédéral Felber, des petits pays comme le nôtre peuvent être appelés à penser grand. Gottfried Keller, dans un moment romantique et de grande littérature dans notre pays avait écrit: «Un paese piccolo può anche pensare grande». Alors, pourquoi ne pas se référer à un passé assez récent, Monsieur Felber? Pensez à la Belgique de M. Paul Henri Spaak et au Luxembourg, petit Etat à la tête duquel se trouvait M. Beck. Quelle empreinte ont laissée ces hommes de ces petits Etats des années cinquante jusqu'à l'aube des années soixante! A côté de MM. Robert Schumann, Adenauer, Jean Monnet et de De Gasperi, ces hommes des petits pays du centre de l'Europe ont été les constructeurs historiques de la Communauté et de l'Europe démocratique.

C'est la raison pour laquelle devant ce Parlement – je pense que mon groupe partage cet avis – nous estimons indispensable et nécessaire qu'au-delà des négociations actuelles, qui sont techniques, la Suisse émette des propositions politiques vouées à l'unité européenne.

En conclusion, je me permets d'apporter quelques suggestions personnelles dans ce débat. Néanmoins, je suis convaincu que le groupe radical partage l'avis selon lequel nous devons avant tout adopter une approche fédéraliste des problèmes d'intérêt commun. En tant que pays européen, nous ne devons pas uniquement subir les initiatives qui, pour le moment, envisagent la solution aux problèmes d'intérêt commun de manière centraliste. Nous devons chercher à convaincre que l'approche de problèmes communs nécessitant une solution commune en Europe doit être effectuée dans un style confédéral et souple.

Je m'adresse maintenant, directement, au Conseil fédéral. Nous lisons des rapports complets, parfaits, mais de l'année dernière; un rapport actuel serait plus intéressant. Je demande au Conseil fédéral de présenter un document recensant ce que la Suisse entend proposer dans les années nonante et celles du début du prochain siècle au sujet de l'intégration économique et de l'unité politique européenne. Il serait souhaitable d'avoir en main ce document comportant nos propositions pour la construction économique et politique. Ce serait la «thèse suisse».

En effet, plusieurs parmi nous liraient volontiers, outre les résultats de nos négociations, quelles sont les propositions politiques et économiques du gouvernement. Il se devrait de les présenter au Conseil de l'Europe. Nous aimerions être en possession de ce document en 1991. Cela cadrerait bien avec les cérémonies très significatives projetées en cette année particulière.

Ce qui suit est une conséquence du voeu précédent. La Délégation auprès du Conseil de l'Europe l'a déjà exprimé par la voix de M. Flückiger à Strasbourg. Elle a proposé que le

Conseil de l'Europe devienne l'enceinte où l'on puisse convoquer une assemblée extraordinaire qui fixerait des objectifs fédéralistes pour l'Europe. Cette proposition a recueilli un succès certain auprès des parlementaires européens. Elle mérite donc d'être soutenue par notre gouvernement. Nous sommes très reconnaissants à M. Felber qui, le 5 ou 6 mai déjà lors de la réunion du Comité des ministres, a appuyé cette proposition qui demande que le Conseil de l'Europe devienne une assemblée élargie constituante qui concevrait une construction de type confédéral.

La flexibilité, la volonté de réunir la diversité est une expérience effectivement vécue par la Suisse. C'est la meilleure solution que nous puissions souhaiter pour les années à venir. Mme Leonilde Iotti, présidente de la Chambre des députés italienne, a dit à M. Ruffy, président du Conseil national et de l'Assemblée fédérale, il y a quelques jours à Bruxelles: «Les éclats de liberté, les situations actuelles en Europe portent en elles aussi le danger d'un éclatement des Etats». Nous devons veiller à ce que la liberté ne conduise pas à l'éclatement des Etats. Il faut une ceinture de sécurité pour que les Etats européens tiennent ensemble: la solution est fédérale, la proposition ne peut être que Suisse.

**Dietrich:** Die Berichte des Bundesrates und der Parlamentarierdelegation beim Europarat enthalten eine unerhörte Fülle hochinteressanter Informationen über die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Europa, von Verbrechenbekämpfung über elektronischen Zahlungsverkehr, Asylrecht, Kultur, bis Umwelt, Denkmalschutzfragen, Gemeinde- und Regionalprobleme, Nord-Süd-Konflikt. Die Liste der Konventionen, der Empfehlungen ist eindrucklich, und es lohnt sich, darüber etwas mehr zu sagen und zu schreiben, besonders auch im breiten Publikum, im Volk, zu informieren.

Der Europarat steht wegen den Entwicklungen im Osten im Rampenlicht und hat eine neue, hochaktuelle Bedeutung erhalten. Der Sondergästestatus für Delegationen aus reformwilligen mittel- und osteuropäischen Ländern hat dazu geführt, dass ungarische, polnische, jugoslawische, tschechische und DDR-Delegationen an den Gesprächen teilnehmen konnten, dass Höhepunkte zu verzeichnen waren, die weltweit grosses Interesse erweckten. Ich denke an die Rede von Gorbatschow, an die Ausführungen von Jacques Delors und an die Fragen, die an ihn gerichtet werden konnten. Ich denke aber auch an den denkwürdigen Auftritt von Staatspräsident Vaclav Havel.

Es ist der Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten dafür zu danken, dass die Vorbereitungsarbeiten für diesen Sondergästestatus geleistet wurden. Diese Kommission war Präsident von unserem Kollegen Peter Sager, der übrigens als Präsident dieser Kommission wieder gewählt worden ist, wozu wir ihm gratulieren. Wir gratulieren auch Herrn Pini für sein Vizepräsidium der Kommission für Sozial-, Gesundheits- und Familienfragen.

Wichtige Diskussionen stehen an, und es ist wiederum unsere schweizerische Delegation, die einen bemerkenswerten Vorstoss gemacht hat, nämlich die Diskussion eingeleitet hat, ob der Europarat nicht das parlamentarische Fundament für die KSZE, für die OECD sein könnte. Diese Diskussionen finden statt und sind ausserordentlich bedeutend. Es scheint sehr wichtig zu sein – besonders auch für unser Land –, dass durch die erhöhte Bedeutung des Europarates den Autarkiebestrebungen der EG etwas entgegengesetzt wird. «L'Europe, ce n'est pas 'nous', ce n'est pas 'die EG'», Europa ist dieses grosse Haus, von dem auch Gorbatschow gesprochen hat. Der Europarat ist nicht mehr jene still schlummernde Institution am Rhein, wie de Gaulle das einmal gesagt hat. Der Europarat ist lebendig; es geht vieles.

Unsere Fraktion nimmt mit Genugtuung von diesen Berichten Kenntnis und dankt dem Bundesrat und der Parlamentarierdelegation, die mit viel Geist und für wenig Geld in den europäischen Gremien, im Europarat, tätig ist.

Noch ein Letztes, ein Wunsch an Herrn Bundesrat Felber und gleichzeitig eine Aufforderung an die Medien in diesem Land: Alle von uns sind tätig, halten Referate zu Europa, und wir stellen immer wieder fest, dass in unserem Land eine ganz er-

schreckende Unkenntnis über die europäischen Zusammenhänge herrscht. Ich habe Diskussionen über die europäischen Probleme führen können, vor allem mit Gymnasiasten, mit Absolventen von Klassen des Kaufmännischen Vereins.

Aufgrund eines kleinen Quiz habe ich z. B. festgestellt, dass man keine Ahnung hat, was der Europarat ist, was der Unterschied ist zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europarat, und dass man die ganze Liste der Abkürzungen, die da verwendet werden, überhaupt nicht kennt. Es wäre meines Erachtens nun ausserordentlich wichtig, wenn nebst den Informationen, nebst den Seminarien, die mit Journalisten, Parlamentariern usw. durchgeführt werden, sehr populäre Sendungen im Radio und im Fernsehen ausgestrahlt würden. Ich denke zurück, wie hoch die Einschaltquoten waren, als noch Hans A. Traber seine naturkundlichen Exposés brachte. Ich denke zurück, wie von einem Herrn Adler ein Kurs durchgeführt wurde über Betriebspsychologie, ausgestrahlt jede Woche zur besten Sendezeit. Es gehörte eine Begleitbrochure dazu.

Ich bitte die Medien, sich hier etwas einfallen zu lassen, damit es so weit kommt, dass z. B. auch der Durchschnittsschweizer etwas anfangen kann mit einer Abkürzung wie EWR oder OECD und nicht nur im Bild ist über Dinge, die uns gar nicht betreffen. WM und Fifa versteht jeder.

**Frau Bäumlín:** Das Jahr 1989, das 41. des Europarates, war bekanntlich ausserordentlich ereignis- und bedeutungsreich. Davon geben die Berichte des Bundesrates und der Schweizer Delegation eine Zusammenfassung und einen Eindruck, den es hier nicht x-mal und umfassend zu wiederholen gilt.

Schon in der vorberatenden Kommission für auswärtige Angelegenheiten haben wir deswegen zwei Schwerpunkte gesetzt, die es uns wert scheinen, auch hier noch einmal kurz aufgegriffen zu werden.

Der erste betrifft die zukünftige Rolle des Europarates beim Aufbau Europas, wie das im Bundesratsbericht in einer Ueberschrift ausgedrückt wird. Europa scheint es nach dieser Ueberschrift eigentlich noch gar nicht zu geben, vielleicht etwas spitz interpretiert. In Tat und Wahrheit geht es bei diesem Aufbau Europas um die Zusammenarbeit mit der seit jüngster Zeit etwas hyperaktiven EG. Dass diese Charakterisierung der Gemeinschaft nicht allzu übertrieben sein dürfte, lässt sich im Bundesratsbericht z. B. daran ab- und nachlesen, dass der Beitrittswille der EG als solcher zu einzelnen Konventionen des Europarates eine Uebearbeitung des Abstimmungsmodus nötig machte, um zu vermeiden, dass die EG dadurch eine automatische Mehrheit gewinnt und die anderen Europaratsmitglieder schlicht majorisiert. Damit nicht genug, hat die EG offenbar auch noch eine Abkoppelungsklausel durchgedrückt, die eine Anwendung der Europaratskonventionen aussetzt, wenn eine entsprechende EG-Regel existiert.

Das scheint uns eine Machtdemonstration der EG zu sein, die im Bundesratsbericht sehr diplomatisch abgefedert wird, wenn es heisst, die Konzentration zwischen Brüssel und Strassburg sei nicht selbstverständlich und erfordere immer wieder neue Anstrengungen.

Unsere Vertreter, auch der Administration, in Strassburg bemühen sich offensichtlich in diesem Sinne, und zwar geschickt und erfolgreich – und das scheint uns wichtig, besonders was das Gebiet der Menschenrechte anbelangt. Der andere wichtige Beitrag des Europarates besteht momentan sicher im Aufbau der Beziehungen zu den Ländern Ost- und Mitteleuropas, der sogenannten anderen Hälfte Europas. Man spricht in einer ehelichen Beziehung manchmal von der «besseren Hälfte», und vielleicht wäre es gut, wenn wir diesen Euphemismus hier auch einmal benützen würden.

Es sind andere Bilder gebraucht worden für diese Beziehungen, z. B. das Bild, dass der Europarat das Dach für die Ost-West-Beziehungen geworden sei. Namentlich mit der Schaffung eines Sondergästestatus bei der Parlamentarischen Versammlung für Delegationen aus reformwilligen Ländern wurde eine Pioniertat vollbracht, die eine ganze Reihe von Beitrittsanträgen ausgelöst hat. Dieses Bild vom Dach hat offensichtlich eine Beziehung zur berühmten Rede Gorbatschows

in Strassburg mit seiner Perspektive eines «gemeinsamen europäischen Hauses».

Dieser Aufbau wird nun geschickt, offen und flexibel angegangen, z. B. dadurch, dass zwischen Sonderstatus und Beitritt der Mitglieder aus Ost- und Mitteleuropa eine erweiterte Stufe der Assoziation eingebaut wird. Wiederum ist beachtlich, welche Rolle dabei die Europäische Menschenrechtskonvention spielt. Sie ist und bleibt – so möchte ich es ausdrücken – das beste Stück von Strassburg mit der nachhaltigsten Wirkung.

Die Oeffnung der EMRK für Nichtmitgliedstaaten aus Ost- und Mitteleuropa wird das Zusammenleben der alten und neuen Europahausbewohner in gutem Sinne beeinflussen. Ob es da noch nötig ist, Herr Bundesrat Felber, den Parlamentarierbericht zu zitieren – in der deutschen Fassung auf Seite 4 –, der die Hoffnung ausdrückt, dass das Ministerkomitee die Zeichen der Zeit erkennt und z. B. der Verwirklichung der Assoziationsidee zustimmt? Sie werden, Herr Bundesrat Felber, die Delegation unseres Parlamentes diesbezüglich sicher nicht im Stich lassen.

Mit diesem kurzen und vielleicht ein wenig einseitig gewürzten Kommentar nehmen wir von der SP-Fraktion von den Berichten Kenntnis und wollen es nicht unterlassen, allen Delegierten in Strassburg für ihre Arbeit zu danken und ihnen für ihre Bemühungen weiterhin Erfolg zu wünschen.

**Müller-Aargau:** Wenn ich heute zu diesen Berichten aus dem Europarat Stellung nehme, dann bereits als aus der Delegation Verabschiedeter. Der Rückblick geschieht ohne Zorn, dennoch seien einige kritische Schlaglichter erlaubt.

Wer hier im Parlament vom Europarat spricht, denkt eigentlich immer nur an die Parlamentarische Versammlung des Europarates. Das ist verständlich, es ist die Welt der Volksvertreter. Aber der Europarat besteht aus zwei Kammern, der Parlamentarischen Versammlung und dem Ministerkomitee. Auch in den Stellungnahmen meiner Vorredner ist nie so klar herausgekommen, dass wir eben über zwei ganz verschiedene Berichte sprechen. Die zwei heute vorliegenden Berichte dieser beiden Gremien zeugen von zwei ganz verschiedenen Arbeitsfeldern. Der eine Bericht zeugt von Initiativen und Impulsen, der andere von wohl dosiertem Einverständnis bei ausgewählten Punkten; das ist etwas ganz Verschiedenes. Grundsätzlich hat der Europarat beinahe etwas Selbstzerstörerisches. Was die Parlamentarische Versammlung begeistert und oft einstimmig beschliesst und verabschiedet, stützen nachher die Aussenminister in ihren Gremien zurück auf das, was dem nationalen Egoismus nicht wehtut. Da bleibt oft recht wenig. Ich könnte von einigen solchen Dingen berichten, auch von Arbeiten, die in langer Kommissionsarbeit zusammengestellt worden sind und kaum die Würdigung des Ministerkomitees erhalten haben.

Es muss in diesem Rate einmal gesagt sein: Die Korrespondenz, das gemeinsame Tun der beiden Gremien sind gelegentlich an einem kleinen Ort. Das ist nicht der Fehler unseres Vertreters im Ministerkomitee und auch nicht der seines Stellvertreters, Herrn Botschafter Moret, im Gegenteil. Ich darf hier Herrn Bundesrat Felber danken für die Zusammenarbeit, die er immer mit der schweizerischen Delegation gepflegt hat. Er hat die schweizerische Delegation ernstgenommen, ich würde mir erlauben zu sagen, ernster als seine Vorgänger und ernster, als andere Aussenminister ihre nationale Delegation nehmen. Viele dieser Aussenminister im Ministerkomitee betrachten doch dieses lebendige Element, genannt Parlamentarische Versammlung, als «Hofnarrentum», die Tätigkeit dieser Parlamentarier als eine Tätigkeit von Philanthropen, die etwas Schöngestiges, nämlich Menschenrechts- und Kulturpflege, betreiben.

Damit kommen wir zum Bericht des Bundesrates. Da werden alle bekannten Bereiche, Erfolge und Misserfolge von Empfehlungen und Konventionen aufgeführt, wie gehabt seit 1985. Es ist beinahe zu einem Ritual geworden – verkommen vielleicht sogar. Wir möchten aber einmal – und das ist eine Bitte – eine Berichterstattung haben, die offenlegt, was in diesem Ministerkomitee vorgeht. Wir möchten einmal Haltungen von anderen Staaten kennenlernen, von Regierungen, von Aussen-

ministern, vielleicht auch ihre Obstruktionspolitik, ihre Ausweichmanöver usw. kennenlernen.

Wenn schon die Tätigkeit des Ministerkomitees an die der alten Tagsatzung in der Schweizerischen Eidgenossenschaft gemahnt, so soll sie doch nicht die Exklusivität und Abgeschlossenheit einer Exekutive haben, einer Bundesratssitzung. Ich glaube, selbst diplomatische Gepflogenheiten dürften einmal etwas fallen. Wenn wir in unseren nationalen Räten so wenig wissen und so viel Mutmassen über die politische Haltung anderer europäischer Staaten, dann liegt das vor allem an der vornehmen Zurückhaltung, die in solchen Berichten gepflegt wird. Ein Beispiel: Die westeuropäischen Aussenminister werden doch nicht nur Floskeln und Höflichkeiten mit dem türkischen Aussenminister austauschen. Ich schliesse an das an, was Herr Bundi und Herr Petitpierre vorher schon in dieser Beziehung angedeutet haben. Anstelle eines Berichtes wie alljährlich gehabt, Herr Bundesrat, hoffe ich, dass künftig ein klein wenig mehr über Prozesse berichtet wird, die dort stattfinden, und vielleicht etwas weniger über die Ergebnisse. Denn wesentlich an der europäischen Integration ist nicht der Status, sondern die Bewegung, der Prozess.

Damit komme ich noch zu einem kurzen Ausblick. Ich schliesse an das an, was meine Vorredner zum Teil schon gesagt oder angedeutet haben. Der Unruheherd, die Parlamentarische Versammlung, hat Ihnen, Herr Bundesrat, einiges zum Vertreten und zum Kämpfen vorbereitet, und zwar vor allem die schweizerische Delegation. Ich hoffe, dass Sie diese Ideen aufnehmen. Da ist einmal der ganze Bereich KSZE-Konferenz: Sie sollte im Grunde genommen vom Europarat usurpiert oder vereinnahmt werden; das parlamentarische Gremium für den KSZE-Prozess und die Konferenz soll der Europarat sein. Dann ist da die ganze Tätigkeit in bezug auf Osteuropa, die ebenfalls sehr stark von der Schweizer Delegation mitgetragen und gefördert worden ist.

Als letztes erwähne ich – er ist bereits von Herrn Pini genannt worden – den Vorstoss Flückiger. Er vertritt die Idee, dass der Europarat letzten Endes der Verfassungsrat einer zukünftigen politischen europäischen Föderation werden müsse.

Ich wünsche der Delegation weiterhin die Rückendeckung durch den schweizerischen Vertreter im Ministerkomitee, Herrn Bundesrat Felber, in der gleichen Art, wie wir das bisher gehabt haben und wie ich es selber auch noch erlebt habe. Ich hoffe, dass Herr Bundesrat Felber die Anliegen der schweizerischen Delegation, die im Interesse von ganz Europa stehen, mittragen und mitvertreten wird.

**Burckhardt:** Uns liegen zwei Berichte zur Tätigkeit der Schweiz im Europarat vor, ein bundesrätlicher und ein parlamentarischer. Beide Dokumente sind an sich beladen mit Information und gewinnen noch an Profil, wenn man sie vor dem Hintergrund der sich immer mehr verdichtenden Tatsachen und Probleme im Rahmen EG/Efta/EWR einerseits, Integration/Osteuropa andererseits betrachtet. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich, bevor ich auf die beiden Berichte eingehe, einen kurzen Blick auf diesen Hintergrund werfe. Ich tue es vom Standpunkt eines Ja zu Europa aus. In der Entwicklung der EG war bis vor kurzem ein deutlicher Trend zum Zentralismus sehr spürbar, das Bedürfnis, den zukünftigen Bundesstaat Europa mit kartesisch-bürokratischen Mitteln von oben nach unten zu gestalten. Die jahrhundertealte französische Tradition der Konzentration der Macht in einem Zentrum steht der EG gewissermassen noch immer zu Gevatter, selbst wenn die Notwendigkeit des föderativen Bundesstaatscharakters einer EG im Endzustand durchaus bekannt ist.

Zu dieser Grundhaltung gesellt sich das bisher weitgehende Fehlen eines aktiven EG-Parlamentes. Seit der sich abzeichnenden Annäherung und allfälligen Fusion der beiden Deutschland beginnt sich unter der Decke des sehr bewegten, täglichen politischen EG-Geschehens das alte, historisch überlieferte europäische Kräfteprofil erneut abzuzeichnen, die latente Konkurrenzsituation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, begleitet vom Gleichgewichtsbestreben Grossbritanniens im Norden. Das an Vergangenheit und Zukunft so einmalig reiche und variierte Gebilde Europa soll mit vorgegebener grosser Geschwindigkeit zu einem

wirtschaftlichen und später politischen Ganzen in demokratischer Friedlichkeit zusammengeschweisst werden – eine gigantische, historische Aufgabe, die durch die Befreiung der ost- und mitteleuropäischen Staaten an Wucht der Anforderungen noch zugenommen hat.

Man begreift, dass die terminlichen Zielsetzungen, welche sich die EG bei den Verhandlungen mit der Efta bezüglich des EWR gesetzt hat, allenfalls harte Bandagen fordern. Man befürchtet, dass bei solch schnellem Vorgehen wertvolle demokratische, ethnische und kulturelle europäische Errungenschaften gewissermassen über Bord gehen könnten. Hier, an diesem gefährlichen Punkt, hat die Aufgabe des Europarates eingesetzt. Wir müssen den für uns in Strasbourg tätigen Kolleginnen und Kollegen sowie dem Bundesrat dafür dankbar sein, dass sie dies erkannt haben und danach handeln.

Die Arbeit des Europarates konzentriert sich – wie der bundesrätliche Bericht aussagt – auf die Menschenrechte, die kulturellen Identitäten, die gemeinsame Beantwortung europäischer Herausforderungen. Im Rahmen dieser übergeordneten Zielräume widmet sich der Europarat Detailzielen von zum Teil sehr grosser praktischer Bedeutung. Die Arbeiten finden ihren Abschluss jeweils in zu ratifizierenden Konventionen oder in einfachen Empfehlungen. Stein für Stein wird oft mühselig und langfädig der demokratisch gesellschaftliche Boden zusammengefügt, auf welchem sich die zukünftige westeuropäische Konföderation politisch aufbauen kann, der sich Schritt für Schritt osteuropäische Staaten zu einem späteren Zeitpunkt einordnen können.

Es sind die Souplesse des Europarates, seine Elastizität und sein Verzicht auf Macht, welche ihn für die Gestaltung des zukünftigen Europas so wertvoll und als Partner für die EG so wünschenswert machen. Dies dokumentiert sich wohl am deutlichsten bei der Gestaltung des Verhältnisses Westeuropas zu den auf dem Weg in eine gesunde, demokratische Freiheit befindlichen Mittel- und Osteuropa-Staaten. Sie sind bereits erwähnt worden. Die sich abzeichnende Möglichkeit, eine politische Integration östlicher Nationen in ein Grosseuropa über Strasbourg einzuleiten, zeigt allein die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Einrichtung des Europarats auf.

Die zum Teil vitalen im Europarat geborenen Konventionen – wie sie schon stehen oder sich in Vorbereitung befinden – strafen jene Lügen, die behaupten, der Europarat sei nur eine Palaverinstitution, ein Gesprächsmarkt. Ganz abgesehen davon, dass jedes Parlament ein Gesprächsmarkt ist, beweist seine volle Daseinsberechtigung die Tatsache, dass der Europarat regelmässig diese neuen Konventionen zur Ratifikation auflegt – der Bundesrat nennt allein für das Berichtsjahr 14 –, welche den Richtlinien des Rates entsprechen.

Schweizer muss wohl besonders interessieren, dass sich der Europarat auch mit Fragen der Gemeinden, der Regionen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beschäftigt. Da er sich auch dem Schutz ethnischer und sprachlicher Minderheiten widmet, ist es denkbar, dass unter diesen Aspekten aus Gründen anzustrebender Optimierungen europäische Sonderfälle im kleinen sich ergeben können. Gewiss, dieser Gedanke ist spekulativ. Erlauben Sie mir aber, eine kurze Bemerkung zum Sonderfall Schweiz zu machen. Ich glaube, im Grunde genommen ist jede europäische Nation aus ihren geschichtlichen Gegebenheiten heraus irgendwie ein Sonderfall. Es ist noch nicht so lange her, dass das Buch Lüthi, «Frankreichs Uhren gehen anders», ein Bestseller in ganz Europa gewesen ist. Wenn die Wiedervereinigung der beiden Deutschland kein Sonderfall ist, weiss ich nicht, was einer ist. Die Schweiz mit ihren allen bekannten Anliegen könnte als Sonderfall gar nicht so viel extremer liegen als das eine oder andere EG-Mitglied.

Der Europarat will auch Beiträge zum Schutz ethnischer und sprachlicher Minderheiten leisten, deren Identität er im zukünftigen Europa nicht zugrunde gehen lassen möchte. Dies bringt mich zur oft gehörten Bemerkung, die Schweiz befinde sich in einer Identitätskrise; ihre Raison d'être bestehe nicht mehr, da ja in der Zukunft, das heisst im zukünftigen, als Konföderation vereinigten Europa, keine Gefahren mehr drohen würden. Die Liberalen haben aber aus verschiedenen Grün-

den kein rechtes Verständnis für eine solche Haltung. Hier sei nur einer genannt: Die Schweiz stellt eigentlich so etwas wie ein «pilot plant» für ein kommendes, sich als Bundesstaat formierendes Teileuropa dar. Sie vereinigt in ihren Grenzen friedlich vier Sprachgruppen, sie gibt sich Mühe, ihre Minderheiten zu achten und zu fördern, ihr Staatswesen ist von unten nach oben, das heisst aus der Gemeindeautonomie, demokratisch föderativ aufgebaut. Sie pflegt die Menschenrechte und versucht, ihre Sozialstrukturen zu verbessern. Insbesondere will sie bei Einhaltung der freien Marktwirtschaft materiell zwischen den Regionen ausgleichen wie noch vieles andere mehr. So lebt sie eigentlich im kleinen vor, was ein z. B. in der EG vereinigt Europa im grossen zu leben anstrebt. Wer die Schweiz in einer Identitätskrise sieht oder sie vielleicht um Europas willen gar in eine solche führen möchte, wird sich wohl auch mit einem zukünftigen, als Bundesstaat gestalteten Europa nicht identifizieren können.

Die Liberalen identifizieren sich mit der Schweiz; sie werden sich mit einem föderativen Europa auf demokratischer Basis identifizieren können; sie identifizieren sich mit der Schweiz als einem einmaligen politischen Kunstwerk, auf welches Europa nicht verzichten kann, ohne grossen Schaden zu nehmen.

**Rychen:** Nach den historischen Umwälzungen in Osteuropa bietet sich dem Europarat die einzigartige Gelegenheit, die grosse Chance, in Europa eine grössere Rolle zu spielen. Wir begrüssen deshalb alle Anstrengungen, den Europarat zu stärken. In diesem Sinne wurde unserer Ansicht nach in Strassburg auch sehr viel positive Arbeit geleistet. Besten Dank deshalb dem Bundesrat und auch der Parlamentarierdelegation für ihren Einsatz.

Die SVP-Fraktion nimmt in zustimmendem Sinne Kenntnis sowohl vom Bericht des Bundesrats als auch vom Bericht der Parlamentarierdelegation. Die Fraktion freut sich über das erfolgreiche Wirken unserer Kolleginnen und Kollegen in Strassburg, ganz besonders über das erfolgreiche und segensreiche Wirken von Peter Sager.

Dem Verhältnis des Europarats zur EG kommt eine sehr zentrale Rolle zu. Dabei hat man offensichtlich eine Gefahr erkannt, nämlich, dass die EG-Staaten innerhalb des Europarats ein zu dominantes Gewicht erhalten könnten. Die Zusammenarbeit des Europarats mit der EG wurde zwar verstärkt, aber es bleiben Bedenken bestehen, dass die EG innerhalb des Europarats eine zu starke Rolle spielen könnte. Die Schweiz hat sich zwar erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Abstimmungsmodalitäten so geändert wurden, dass die EG nicht automatisch eine Mehrheit erlangt. Die Wirklichkeit zeigt aber, dass Besorgnis wirklich am Platz ist. Ich verweise auf die sogenannte Abkoppelungsklausel, die im Bericht beschrieben ist. Die Klausel lässt den EG-Ländern das Recht, in ihren gegenseitigen Beziehungen bestimmte Konventionen nur dann anzuwenden, wenn keine EG-Regel existiert. Da besteht – meiner Ansicht nach – eine nicht zu unterschätzende Gefahr des Auseinanderlebens innerhalb des Europarats.

Aus meiner Sicht ist ebenfalls ein zweites Beispiel nicht sehr erfreulich, das Asylrecht. Da wurde Ende 1988 auf Expertenebene ein Entwurf über ein Erstasylabkommen fertiggestellt. Das Ministerkomitee beauftragte dann einen Ausschuss mit weiteren Verhandlungen. Man hat aber in Konsultationen festgestellt, dass verschiedene Länder, die vor allem Erstasylländer, Transitstaaten sind, im jetzigen Zeitpunkt nicht auf dieses Vertragswerk eingehen wollen. Man hat angesichts dieser Situation – vor allem der parallelen Verhandlungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft – beschossen, zuzuwarten, bis die EG ihre eigenen Positionen entwickelt hat. Dies finde ich eher bedauerlich; es zeigt, dass die EG mit ihren zwölf Mitgliedern eine grosse Rolle spielt und in gewissen Bereichen wahrscheinlich auch Entscheide vorspueren und zum Teil diktieren kann.

Ich bitte sowohl den Bundesrat als auch die Parlamentarierdelegation, sich weiterhin gegen den drohenden europäischen Zentralismus – diese Tendenzen sind immer noch stark vorhanden – zu wehren.

Aus unserer Sicht haben Europa und die europäische Zusammenarbeit nur dann eine erfolgreiche Zukunft, wenn wir ein föderalistisches Europa anstreben. Es ist unsere Aufgabe, für ein Europa der Regionen zu kämpfen.

**Hafner Rudolf:** Die Tätigkeit des Europarats ist breit gefächert und in unseren Augen für Europa sehr wertvoll. In dem Sinne möchte auch die grüne Fraktion den Delegierten im Europarat und Bundesrat Felber für seine positive Tätigkeit im Europarat ausdrücklich danken.

Unserer Meinung nach sollte der Europarat mehr Mittel und mehr Kompetenzen erhalten. Diese Forderung unsererseits kann als ein klares Engagement für die Zusammenarbeit in Europa verstanden werden. Wir sagen dies insbesondere auch an die Adresse der Medienvertreter, die versucht haben, uns mit den Nationalisten und Isolationisten à la Blocher in eine Ecke zu stellen. Wir haben vor einigen Monaten eine Europaresolution veröffentlicht, in der u. a. stand: «Jede Politik, auch diejenige im europäischen Raum, muss die Selbstbestimmung der Völker fördern, die kulturelle Vielfalt erhalten und die demokratischen Kräfte stärken.» Diese Aussage richtet sich keineswegs gegen die EG, sondern umfasst durchaus die Tätigkeit des Europarats, in welchem auch die demokratischen Kräfte spielen und wo dem Föderalismus ein gebührendes Gewicht zugebilligt wird.

Ich frage Sie: Warum haben sich jetzt alle Fraktionssprecher ausserordentlich positiv zu diesen Berichten der Europaratsdelegation ausgesprochen, während die knallharten Vertreter der Wirtschaft aber durch Abwesenheit glänzen? Ist es nicht deshalb, weil in dieser Debatte nicht von wirtschaftlichem Wachstum und mehr Millionen gesprochen wird? Ist es nicht deshalb, weil bei diesem Bericht keine Entscheide gefällt werden? Werden nicht, wenn wir die Debatten über die EG, über Wirtschaftswachstum und Millionen führen, die knallharten Wirtschaftsvertreter von allen Seiten ans Rednerpult strömen? Wir wollen nicht nur einseitig einzelne Punkte dieser Europafrage anschauen. Es war kürzlich eine Delegation der grünen Fraktion in Brüssel. Wir haben festgestellt, dass Brüssel relativ wenig Verständnis für Fragen der Demokratie und des Föderalismus hat.

Wenn man anhand des Berichts des Bundesrates oder desjenigen der Delegation des Europarates Vergleiche anstellt, stellt man doch fest, dass im Europarat Fragen bearbeitet wurden im Zusammenhang mit den Ländern Osteuropas, mit der Schaffung einer «Kommission für Demokratie durch Recht», mit Menschenrechten, Kultur, Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz usw. Man kann feststellen, dass gerade diese Tätigkeit des Europarates eine ausserordentlich umfassende ist. Wir teilen in dieser Sache die Auffassung von Kollega Sager, die er bei mehreren Gelegenheiten auch öffentlich vertreten hat, nämlich dass diese Tätigkeit des Europarates gestärkt werden sollte.

**M. Rebeaud:** Le rapporteur de langue française a demandé tout à l'heure le soutien de notre Parlement pour l'activité de la délégation et pour les efforts que doit et que devra consentir la Suisse, afin d'augmenter ses contributions au travail que doit mener actuellement le Conseil de l'Europe dans le contexte du développement de la concertation européenne. Je lui répondrai qu'en ce qui concerne le groupe écologiste, ce soutien lui est acquis. Si j'avais un reproche à faire à la délégation et surtout au Conseil fédéral, ce serait plutôt de n'en pas avoir fait assez jusqu'à maintenant. Mais, pour pouvoir en faire assez, il faut avoir des moyens, et ces moyens, vous le savez comme nous, sont pour l'instant largement – je dirais même tragiquement – insuffisants.

La contribution de la Suisse au Conseil de l'Europe – si j'ai bien lu le rapport du Conseil fédéral – s'élève à 3,5 millions de francs. A mon avis, cette somme est ridicule par rapport aux dépenses constantes que nous votons dans cette salle, soit pour aider les agriculteurs de nos montagnes, soit pour construire des lignes de chemins de fer, soit encore pour payer des rapports dont nous n'avons aucune preuve qu'ils seront un jour utiles. Je ne suis pas contre les rapports, mais je trouve cette somme ridicule. Par conséquent, nous devons nous

préparer à l'augmenter considérablement. Voilà pour l'appui demandé, Monsieur Petitpierre.

A mon avis, dans les années qui viennent, nous pourrions ainsi marquer l'importance que la Suisse accorde au Conseil de l'Europe parce que c'est la seule institution dans laquelle nous pouvons, parce que nous en faisons partie, manifester la vocation européenne de la Suisse. Que nous le voulions ou non, il y a et il y aura des tensions entre la Communauté européenne et le Conseil de l'Europe. Que cela nous plaise ou non, il y aura des rivalités entre les Douze et les Vingt-trois qui – espérons-le – deviendront Vingt-quatre, Vingt-cinq ou Vingt-six prochainement.

La Suisse doit jouer son rôle dans le champ de tensions. Elle doit jouer à fond la carte du Conseil de l'Europe parce qu'elle peut, dans ce domaine, faire quelque chose, parce que le Conseil de l'Europe ne fait pas violence à sa propre nature, alors que nous connaissons bien les difficultés intérieures et extérieures considérables que pose et posera pour nous, en tant que Confédération, la perspective d'une éventuelle adhésion à la Communauté européenne.

En lisant les deux rapports qui nous ont été soumis, je constate une certaine différence de ton entre le rapport de la Délégation parlementaire et celui du Conseil fédéral. Notre Délégation parlementaire a développé une activité extrêmement intense. Elle a fait des propositions très intéressantes pour redonner une importance sur la scène européenne au Conseil de l'Europe. Le Conseil fédéral, dans son rapport en tout cas, me semble plus routinier et j'aimerais bien entendre M. Felber tout à l'heure sur ce point. Est-ce une erreur d'interprétation, est-ce une question de nuance?

Je cite un petit exemple: un Centre pour l'interdépendance et la solidarité mondiale a été créé le 16 novembre 1989, il a son siège au Portugal. Il me semble que la Suisse devrait immédiatement être active dans ce comité et lui donner les moyens d'exister. A ce sujet, le Conseil fédéral nous écrit: «La Direction de la coopération au développement et à l'aide humanitaire, la DDA, étudiera les modalités d'une éventuelle participation de la Suisse à ce centre.» Est-ce que cela signifie que nous sommes décidés à ce que ce centre fonctionne et à ce que la Suisse y joue son rôle et y apporte sa contribution, ou est-ce une position attentiste? Le texte me ferait pencher pour la deuxième interprétation mais j'espère que l'intention du Conseil fédéral correspond à la première hypothèse.

En conclusion, j'aimerais mettre en garde celles et ceux de nos collègues dans cette salle qui ne croient qu'à la force et qui ont cessé de croire à la politique. Nous avons entendu des hauts fonctionnaires ainsi que des représentants d'importants partis politiques affirmer que le Conseil de l'Europe est bien gentil, qu'on y parle sans prendre de décisions, qu'il n'a aucun pouvoir, donc pas d'importance, qu'il faut l'oublier et concentrer ses efforts sur la Communauté européenne. Cette attitude revient à céder à la fascination de la puissance qui est en train d'animer les acteurs de la construction de la Communauté européenne ou, en tout cas, une partie importante d'entre eux. Mais, céder à cette fascination de la puissance, c'est tout simplement céder sur ce qui fait la raison d'être de la Confédération suisse. La Confédération suisse n'existe que par la volonté de petits Etats et de peuples à un niveau géographique restreint de continuer à avoir le droit d'exister en renonçant à l'exercice de la puissance. Raison pour laquelle, pour rester elle-même, la Suisse doit absolument non pas parier mais miser à fond sur le développement du Conseil de l'Europe, sur sa participation et sur son apport à la construction européenne à travers le Conseil de l'Europe.

**Columberg:** Es ist erfreulich, dass wir eine Debatte über die Arbeit des Europarates und über die gewaltigen Veränderungen in Europa führen können. Ich freue mich über die sehr positive Bewertung der Arbeit des Europarates in diesem Rat.

Nach den wertvollen Ausführungen meiner Vorredner kann ich mich darauf beschränken, Herrn Bundesrat Felber zwei Fragen zu stellen. Einmal zeigt die neue Ausgangslage, die eingehend geschildert worden ist, dass sich neue Zukunftsperspektiven für den Europarat eröffnen. Eine Aufwertung dieser wertvollen Institution bedingt aber eine Aenderung ihrer

Strukturen, ihres Entscheidungsmechanismus und eine bessere finanzielle Dotierung. Sie muss sich den neuen Aufgaben und den veränderten Verhältnissen anpassen. Die Schweiz könnte eine führende Rolle im europäischen Einigungsprozess spielen. Teilt der Bundesrat diese Auffassung, und ist er auch bereit, diese Reformbestrebungen tatkräftig zu unterstützen und zu fördern?

Zweitens: Wie die Kommissionssprecher ausgeführt haben, wird gegenwärtig die Frage diskutiert, ob der Europarat die parlamentarische Basis für den KSZE-Prozess bilden könnte. Die Schweizer Delegation hat einen entsprechenden Vorstoss unternommen.

Teilt der Bundesrat diese Auffassung, und ist er bereit, diese Konzeption nachhaltig zu unterstützen und für eine enge Zusammenarbeit zwischen Europarat und KSZE im Bereich der Menschenrechte einzutreten? Dadurch könnte man verhindern, dass wir im europäischen Raum zwei qualitativ unterschiedliche Kategorien von Menschenrechten hätten.

Ich bin Ihnen, Herr Bundesrat Felber, für die Beantwortung dieser Grundsatzfragen dankbar.

**Sager:** Schon die beiden Kommissionssprecher haben hervorgehoben, dass sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates flexibel und kreativ der Herausforderung gestellt hat, welche mit der Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa auf uns zugekommen ist: einmal durch die Einräumung des Sondergästestatus vor einem Jahr, aber nun auch, am 10. Mai, durch eine weitere bedeutungsvolle Weichenstellung. Die Versammlung hat nämlich einstimmig beschlossen, raschmöglichst allen Signatarstaaten der Helsinki-Schlussakte eine assoziierte KSZE-Mitgliedschaft einzuräumen, mit vollem Stimmrecht für alle KSZE-Angelegenheiten, die an einer Sondersession zu behandeln sein werden. Die Versammlung hat das Ministerkomitee eingeladen, für seine Belange gleichzuziehen. Damit könnte gewährleistet werden, dass der KSZE-Prozess eine parlamentarische Basis erhält, was sein Demokratiedefizit ausgleicht und ihm nur zum Vorteil gereichen kann.

Wie man nun der Presse entnehmen kann, ist in den Kanzleien einiger Aussenministerien Besorgnis darüber geäussert worden, dass sich Parlamentarier in den KSZE-Prozess einmischen wollen. Das trifft aber in keiner Weise zu. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates, in KSZE-Fragen gemäss dem Projekt die Delegationen von 35 Staaten umfassend, will sich lediglich konsultativ – d. h. kritisch, wo nötig, aber auch anregend, wo möglich – zum Prozess äussern und ihn so wirkungsvoll unterstützen. Unsere Delegation steht voll hinter diesem Vorschlag und erhofft sich dasselbe von Bundesrat und Departement. Es steht doch etliches auf dem Spiel, zumal einzig der Europarat gegenwärtig in der Lage ist, kurzfristig ein gesamteuropäisches Gesprächsforum einzurichten und uns damit der Konföderation Europa näherzubringen.

Wie wichtig dieses Anliegen ist, kann mit einigen Stichworten umschrieben werden. Dank den tiefgreifenden Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa können wir uns jetzt vereint den Bedrohungen annehmen, und weil wir das können, müssen wir es auch tun, im Interesse der Umwelt, der Bekämpfung der Drogenabhängigkeit, von Aids, Unterentwicklung, Bevölkerungsexplosion und der Asylströme. Die Konföderation könnte indes mehr leisten, als lediglich zur Lösung all dieser Probleme beizutragen. Die gesteigerte Virulenz der Minderheitenfrage in Westeuropa und der Nationalitätenfrage in Ost- und Mitteleuropa kann vermutlich nur durch eine solche Konföderation entschärft werden. Das ist wichtig, denn in dem Mass, wie die Nachkriegsgefahr einer Explosion in Europa abnimmt, steigt die Gefahr einer Implosion.

**Steffen:** Ich spreche zum Bericht über die 41. ordentliche Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Als treuer Eidgenosse und Föderalist, dessen Wunschbild ein Europa der Vaterländer ist, stelle ich fest, dass die Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates tüchtig arbeitet, die einen Delegierten sachlich, die anderen mit utopischem, apostolischem Eifer. Hut ab vor Ständerat Flückiger, der in der Debatte über die Rolle des Eu-

roparates beim Aufbau Europas die Versammlung dazu aufrief, dem drohenden europäischen Zentralismus durch die Ausarbeitung eines europäischen Konföderationsmodells zuvorzukommen. Oder vor unserem Kollegen Sager, der in der gleichen Debatte feststellte, dass wichtige Empfehlungen der Versammlung an das Ministerkomitee einmal mehr ohne Erfolg bleiben würden. Ähnliche Klagen erhob Kollege Pini in der Wintersession zum Thema Flüchtlingsfragen – Herr Rychen hat darüber gesprochen. Er erinnerte die Versammlung an seine früheren, ohne Echo gebliebenen Aufrufe an das Ministerkomitee des Europarates, es sei dringend, ein Koordinationsorgan für die Lösung der Flüchtlingsprobleme in Europa zu schaffen. Das Bedauern einzelner Vertreter, man verfüge gegenüber den Mitgliedstaaten nicht über die notwendige Autorität, verbindliche Beschlüsse zu fassen, ist unüberhörbar. Hier sei einfach daran erinnert, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarates eben nur über einen konsultativen Status verfügt und nicht mehr. Zudem sind ihre Empfehlungen vom einstimmigen Einverständnis des Ministerkomitees abhängig.

Die politisch verbindlicheren Strukturen haben sich in den Europäischen Gemeinschaften entwickelt, die sich allerdings derart zentralistisch und kopflastig ausnehmen, dass sie für den europäischen Föderalisten unakzeptabel sind. Meine diesbezüglichen Hinweise strafen auch die Behauptungen Lüge, die Schweiz müsse unter allen Umständen im EG-Prozess mitreden, dann könne sie auch mitbestimmen und müsse nicht einfach EG-Recht nachvollziehen. Ich hoffe sehr, dass diese Illusionen verschwinden und einer kühlen Sachlichkeit Platz machen.

Aus der Fülle der im Bericht erwähnten Themen greife ich ein Traktandum der Herbstsession 1989 heraus: «Die europäische Dimension der Erziehung». Ich zitiere aus dem Bericht, Seite 15: «Die Parlamentarische Versammlung forderte, dass sich die Bemühungen um eine Förderung der europäischen Dimension der Erziehung auf den ganzen europäischen Kontinent erstrecken müsse und keineswegs von der Mitgliedschaft einer bestimmten europäischen Organisation abhängen dürfe.»

Zu dieser Thematik liess sich Kollege Müller-Aargau, ehemaliges Delegationsmitglied, vernehmen: «Nationalrat Müller meinte, dass bei der interkulturellen Erziehung der Hebel für Sofortmassnahmen auf der Sekundarstufe angesetzt werden müsse, wo die letzte Chance bestehe, bei kommenden Generationen den Ungeist des Nationalismus zu reduzieren. Bevor man den interkulturellen Austausch zwischen den Ländern pflege, sollten vorerst einmal die Chancen bei uns zu Hause wahrgenommen werden, weil zum Beispiel Schulklassen in den nord- und mitteleuropäischen Ländern bis zu 20 Prozent aus Menschen aus den anderen Kulturkreisen bestehen. Als einen ersten Schritt zur 'Entrümpelung' der Geschichtsbücher schlug er die Verfassung einer Geschichte des europäischen Nationalismus vor. Ein weiterer Schritt könnte in der Schaffung eines europäischen Lehrmittelverlags (z. B. in der Schweiz) liegen.»

Ich nehme an, dass diese Vorschläge privaten Charakter haben. Vielleicht stehen sie unter dem Segen der Schweizerischen Europa-Union. Als Mitglied der Schweizer Delegation sprechen Sie aber sicher auch im Namen unseres Landes, Herr Müller. Ich frage den Leiter unserer Delegation, ob diese Sicht der Dinge im Erziehungsbereich der Auffassung der Delegation entspricht und ob sie, Herr Bundesrat, inhaltlich mit unserer Innen- und Aussenpolitik übereinstimmt. Meine Unterstützung jedenfalls finden diese Gedanken nicht. Als Praktiker auf der Sekundarschulstufe bin ich bereits mit konkreten Anwendungsvorlagen, und zwar zur interkulturellen Erziehung und «Schule für eine Welt», ständig konfrontiert. In der Lehrzeitung vom 3. Mai dieses Jahres werden uns Lehrern nicht weniger als 53 Unterrichtsmittel angeboten: Spiele der Welt, Franca und Mehmed im Kindergarten, Muraho zu Besuch bei der Familie Sibomana aus Ghana (ein Text), Memo Mondo, Gitta will Tänzerin werden, die Kinder von San José.

Aber die interkulturelle Erziehung, wie sie Kollege Müller und der Unesco vorschwebt, verhindert die Integration der Ausländer- und Flüchtlingskinder in unsere Gesellschaft, ja sie ze-

mentiert kulturelle Ghettos, und das ist für die Zukunft unseres Landes gefährlich. Es gibt schon heute Schulklassen, die ihnen vom Text her verständliche Lieder in Sprachen aus allen Kontinenten singen müssen, aber kaum mehr ein Schweizer Volkslied auswendig singen können. Herr Kollege Müller, Sie wollen bei kommenden Generationen den Ungeist des Nationalismus reduzieren. Ich befürchte aber, dass so die Verbundenheit mit der Heimat und die Liebe zur Schweiz unter die Räder geraten und uns eine haltlose und heimatlose zukünftige Generation beschert wird. Dies darf nicht unsere Absicht sein!

**Frau Grendelmeier:** Ich habe wahrscheinlich das Glück oder das Privileg, zu einer Zeit zur Delegation beim Europarat zu gehören, wie sie spannender nicht sein könnte. Ich bin für diese Chance ausserordentlich dankbar. Ich will nicht ergänzen oder verstärken, was zu diesen beiden Berichten schon gesagt worden ist. Ich möchte aus der Sicht einer Europarat-Anfängerin ein paar wenige Gedanken äussern. Herr Petitpierre und Herr Rebeaud haben es gesagt: Wahrscheinlich ist es für dieses Parlament und für unsere Schweiz zwingend, ein Zeichen zu setzen, dass wir uns öffnen wollen, indem wir den Europarat ernst nehmen. Ernst nehmen, das heisst, ganz praktisch gesagt, dass genügend Mittel zur Verfügung stehen, dass diese Delegation ihre Arbeit wirklich so ausführen kann wie irgendeine ständige Kommission, und sie wird ja von diesem Rat – ich möchte sagen leider – auch nur als ständige Kommission taxiert. Wenn ich sage, wir müssen mehr Mittel haben, meine ich mehr Infrastruktur. Meines Erachtens und nach meinen sehr kurzen Erfahrungen ist das Sekretariat völlig überfordert, und ich frage mich, ob wir uns im Zuge der Europäisierung, der sich die Schweiz nicht entziehen kann, nicht überlegen müssen, für sämtliche Kommissionen, die in irgendeiner Weise mit der Aussenpolitik zu tun haben – es sind inzwischen eine ganze Menge –, ein gemeinsames Sekretariat inklusive eines Reisesekretariates einzurichten.

Das sind Dinge, die wir uns in diesem Parlament überlegen müssen. Es sind keine Details, sie zeigen nämlich, wie ernst wir die Aussenpolitik letztlich nehmen. Dazu gehört z. B. – nach meiner gestrigen Erfahrung –, dass man so avantgardistische Errungenschaften wie einen Telefonanruf ins Ausland nach 19.00 Uhr aus diesem Gebäude ermöglicht. Versuchen Sie das einmal, ich wünsche Ihnen viel Glück, es ist nicht möglich. Alle diese Dinge zeigen letztlich, wie weit wir noch davon entfernt sind, unsere Politik über unsere Schaffhauser, Genfer oder Puschlaver Grenze hinaus auszuweiten und es als selbstverständlich anzunehmen, dass wir ein Teil dieser Welt sind.

Eine Panne mag es gewesen sein – ich werde das noch abklären –, dass das Parlament die Einladung, eine Delegation zur Wahlbeobachtung nach Bulgarien zu schicken, aus welchem Grund auch immer ausgeschlagen hat. Es war keine Delegation der eidgenössischen Räte in Bulgarien. Ich war als Delegationsmitglied des Europarates anwesend und musste feststellen, dass es auf grösstes Befremden gestossen ist, dass die Schweiz es nicht für nötig hielt, diese einmalige Wahrnehmung eines demokratischen Lernschrittes mit zu beobachten – wir, die wir sonst bei jeder passenden, vor allem aber auch unpassenden Gelegenheit dem Ausland Nachhilfeunterricht in Demokratie zu erteilen pflegen. Das finde ich ausserordentlich schade, und ich möchte wissen, wie es passiert ist. Ich sage noch einmal: Es wurde mit grösstem Befremden aufgenommen.

Herrn Dietrich möchte ich sagen: Ich nehme Ihre Anregung entgegen und werde sie ans Fernsehen weiterleiten. Ich habe selber bereits eine Menge Kontakte mit Pressehausern. Ich bin durchaus Ihrer Meinung: Wenn Sie heute auf die Strasse gehen, herrscht ein unglaubliches Durcheinander von Begriffen, wissen die Leute sehr wenig, was Europa heisst, was alle diese fürchterlichen Abkürzungen heissen, zu denen täglich ein paar neue dazukommen. Das führt dazu, dass man sich ins Schneckenhaus des Desinteresses zurückzieht, und das ist schade. Ich werde alles in Bewegung setzen, soweit es in meinen Möglichkeiten steht, mit dem Fernsehen, mit dem Radio zusammen eine Art Lehrpfad durch das europäische Begriffs-

gestrüpp anzulegen, und ich hoffe, dass wir beide, Herr Dietrich, erfolgreich sein werden.

**Le président:** Je tiens à vous informer des éléments suivants concernant le point abordé par Mme Grendelmeier, soit celui de l'invitation des autorités bulgares d'envoyer une délégation suisse pour surveiller les élections. Cette invitation est arrivée durant les premiers jours du mois de mai. La décision prise par le secrétaire et moi-même a été la suivante: pour véritablement rendre une mission d'observation efficace, il est nécessaire d'avoir une formation concernant les différents groupes politiques en présence, les différents enjeux politiques et la manière dont se déroulent les élections.

Or, il était impossible d'assurer, d'une part, cette formation aux parlementaires suisses qui se trouvaient au début d'une nouvelle session, et, d'autre part, d'envoyer une mission en Bulgarie où les élections se situaient au milieu de la session. Nous avons donc pris la décision de recourir au Conseil de l'Europe afin d'assurer la mission d'observation dans le cadre des élections de ce mois en Bulgarie.

Je prends note de la réaction de Mme Grendelmeier et nous verrons, à l'avenir, comment répondre positivement à des demandes ultérieures.

**Frau Grendelmeier:** Nur eine ganz kurze Bemerkung. Ich weiss, dass zurzeit eine Delegation des Europarates in Ottawa ist und dort ihre Kommissionsarbeit wahrnimmt. Ich finde das richtig. Ich glaube nicht, dass wir unseren Parlamentsbetrieb nicht weiterführen können, wenn hin und wieder eine Delegation während der Session im Ausland ist. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass sich die Herbstsession mit der Session des Europarats überschneidet. Auch da müssen wir entscheiden, wer es verantworten kann zu gehen, müssen wir Prioritäten setzen, welche Aufgaben zurzeit wichtiger sind, ob diejenigen hier in diesem Haus oder allenfalls diejenigen in Strassburg. Das scheint für mich keine Entschuldigung zu sein, und ich bitte den Herrn Präsidenten sehr höflich, die Sache genau abzuklären; denn ich glaube nicht, dass unser kompliziertes System des Milizparlamentes dazu führen darf, dass wir uns selber die Hände binden. Wir müssen teilnehmen können, und ich hoffe, wir werden in Zukunft teilnehmen. Uns blamieren – wie wir es vor ein paar Tagen gemacht haben –, das geht nicht.

**Le président:** Madame Grendelmeier, vous confondez deux choses: une mission d'observation dans une situation extrêmement délicate, qui doit garantir l'objectivité des élections, ce qui implique une formation impossible à donner correctement dans les délais impartis, avec une représentation à une conférence internationale, convoquée il y a six mois, dont les représentants de la Suisse ont été désignés il y a plus de trois mois et ont donc pu se préparer à cette réunion. Il n'existe aucune comparaison entre la mission suisse à la conférence d'Ottawa et la mission d'observation demandée en Bulgarie.

**M. Felber,** conseiller fédéral: Tout d'abord, je vous remercie du débat que vous avez amorcé et qui nous a permis de prendre note des principales préoccupations de votre conseil et des divers groupes que vous représentez.

Je limiterai la prise de position du Conseil fédéral aux souhaits exprimés. Soulignons que, l'an dernier, deux développements ont marqué l'année. Ce sont les problèmes politiques et le déroulement des événements en Europe centrale et orientale, mais aussi, précédemment ou en parallèle, la réflexion qu'ont entamée le Conseil de l'Europe et le Comité des ministres sur l'avenir du Conseil de l'Europe, son rôle et ses institutions dans une Europe transformée. Les ministres des affaires étrangères se sont réunis en session spéciale le 22 mars et en session ordinaire le 5 mai de l'année dernière. Ils ont adopté une déclaration qui nous paraît importante, dans laquelle le Comité des ministres précise qu'il souhaite intensifier la coopération – et non pas la soumission – du Conseil de l'Europe avec la Communauté européenne.

Cela est un élément indispensable de la politique du Conseil de l'Europe, sinon nous aboutissons à d'éventuels conflits et à une paralysie du Comité des ministres et du Conseil de l'Europe, ce qui n'est évidemment ni souhaité ni souhaitable.

Plusieurs d'entre vous ont soulevé le problème de l'importance et du poids, trop lourds selon certains, de la Communauté à l'intérieur du Conseil de l'Europe. Evidemment, les chiffres sont les chiffres, la mathématique ne changera pas. 23 membres font partie du Conseil de l'Europe, 12 de la Communauté. Ils ont donc la majorité, si nécessaire. Je rappelle qu'au Conseil de l'Europe, au Comité des ministres en particulier, toute décision est prise selon le principe du consensus. Il n'y a heureusement pas de majorité, mais si un seul membre retient une décision, celle-ci n'est pas prise. Par exemple, une convention ne peut être ouverte à la signature si un seul membre du Comité des ministres, au nom de son pays, ne le désire pas. Il faut donc tenir compte de cet élément qui ralentit certainement les décisions du Comité des ministres et qui engage celui-ci à choisir des solutions dont on est à peu près certain qu'elles obtiennent immédiatement le consensus et ne risquent pas de se heurter à des oppositions pouvant faire capoter des décisions.

Le deuxième élément qui a retenu le Comité des ministres et le Conseil de l'Europe – mais l'Assemblée parlementaire était très largement engagée et son rapport en fait foi – est naturellement les relations du Conseil de l'Europe avec les nouvelles démocraties européennes. A ce sujet, je désire être très précis. Au sein du Comité des ministres, les demandes d'adhésion au Conseil de l'Europe, qui ont d'ores et déjà été déposées, seront analysées avec beaucoup de précision et d'attention. Cela signifie donc qu'il n'y aura pas de membres au rabais, pas de cadeaux offerts à quelque pays que ce soit qui demande son adhésion au Conseil de l'Europe. Ce dernier doit précisément sa très grande valeur à la rigueur de l'institution et, notamment, à la Convention européenne des droits de l'homme qui exige un pluralisme démocratique absolu, vérifiable et contrôlable ainsi que l'Etat de droit, ce qui nous paraît très important, et enfin, bien sûr, une attitude libérale dans les échanges.

«Ces éléments seront vérifiés.» Le Conseil de l'Europe ne verra pas de nouveau membre qui ne soit définitivement, irréversiblement engagé dans cette voie. Les statuts ne seront pas modifiés, on n'aura pas de paquets-cadeaux. C'est important à souligner. Cela dit, nous sommes persuadés que certains pays pourront rapidement adhérer au Conseil de l'Europe. Ce sera le cas de la Hongrie, de la Tchécoslovaquie, dont les structures démocratiques, politiques, des institutions sont déjà conformes, surtout après les dernières élections, à ce que nous pouvons souhaiter, à ce qui est exigé des pays membres du Conseil de l'Europe.

Cela dit, nous saluons et nous approuvons les efforts de l'Assemblée parlementaire qui a associé, invité les autres pays de l'est et du centre de l'Europe. Cela nous paraît une initiative judicieuse dans la mesure où l'on a l'occasion d'échanger des propos mais aussi sans doute de faire connaissance – pour eux – avec des structures démocratiques et parlementaires telles que celles que nous connaissons dans nos pays. C'est une initiative qui va sans doute favoriser la transformation de ces pays et favoriser aussi leur adhésion pleine et entière au Conseil de l'Europe.

Nous soulignons également que le Conseil de l'Europe a accepté de reprendre parmi ses instruments la Commission pour la démocratie par le droit née à l'initiative du gouvernement italien. C'est aussi un instrument qui aujourd'hui sera directement utile aux pays en voie de démocratisation.

Enfin, quelqu'un d'entre vous a parlé des problèmes financiers. Nous y revenons sans cesse. Il est vrai que la Suisse a fait un effort. Il est vrai aussi que cet effort est relativement restreint. Il s'agit de 10 pour cent d'augmentation, Monsieur Rebeaud. Nous partageons votre crainte que ce soit nettement insuffisant, non seulement quant à l'effort suisse mais quant à ce que le Conseil de l'Europe a obtenu: 6 millions de francs français d'augmentation du budget en 1990 pour faire face à tous les problèmes qui sont posés par les transformations en Europe, c'est-à-dire un million et demi de francs suisses. Parfaite-

ment, c'est insuffisant. Or, sur ce million et demi de francs suisses, la Suisse compte à elle seule pour 300 000 francs. On voit ce qui reste à faire pour les autres, y compris les grands pays du Conseil de l'Europe dont les fidélités à leurs budgets nationaux sont telles que nous n'obtiendrons que difficilement des augmentations. Nous, Suisses, ne désirons pas avoir à apporter des prestations financières spéciales pour telle ou telle action. Nous prétendons que c'est le budget général du Conseil de l'Europe qui doit être augmenté; telle est la position que nous essayons de défendre. Nous partageons l'opinion que le Conseil de l'Europe, par ses structures, son expérience, sa dimension parlementaire, devrait et doit avoir un rôle important. Le Comité des ministres à Lisbonne, et le 10 mai dernier à Strasbourg, a conclu en ce qui concerne le sommet de la CSCE qui doit se tenir avant la fin de cette année, qu'il était nécessaire de mentionner le rôle du Conseil de l'Europe dans la mise en oeuvre sur le plan institutionnel des engagements et objectifs fixés dans le cadre de la troisième corbeille de la CSCE. C'est là que nous reprenons aussi plusieurs de vos interventions.

Le Conseil fédéral n'a pas du tout l'intention d'imaginer une CSCE institutionnalisée, une nouvelle organisation qui serait de toute manière amputée elle aussi du pilier parlementaire. Les effets de la CSCE doivent se traduire par des actions qui devraient être contrôlées par le Conseil de l'Europe. C'est au Conseil de l'Europe que l'on devrait pouvoir confier tout le rôle d'exécution et d'application des décisions, de la CSCE – pas dans tous les domaines, bien sûr, mais en particulier dans le domaine de la dimension humaine, des droits de l'homme et de la culture. C'est le point de vue que nous défendons à Strasbourg, c'est le point de vue que la délégation parlementaire a également adopté.

Restent alors les problèmes de l'extension du Conseil de l'Europe et du lien qu'il pourrait avoir avec la CSCE. Le Conseil fédéral partage également le point de vue de la Délégation parlementaire selon lequel il faudra trouver des solutions *sui generis* pour pouvoir associer au Conseil de l'Europe les Etats-Unis et le Canada d'une part et l'Union soviétique d'autre part. Il serait tout de même un peu exagéré d'imaginer que ces grands Etats pourraient sans autre faire partie du Conseil de l'Europe. D'ailleurs deux Etats parmi ceux-ci ne sont pas sur territoire européen, ce qui pourrait singulièrement compliquer les choses. Les solutions à caractère *sui generis* devraient pouvoir être trouvées.

Je ne prendrai pas toutes les questions qui ont été posées. Je crois avoir répondu à la question posée plus spécialement par M. Columberg concernant la CSCE et le Conseil de l'Europe. Quant au fédéralisme, le Conseil de l'Europe n'est pas une forme d'organisation visant à unir les Etats dans une solution supranationale. C'est une organisation dans laquelle chaque Etat est représenté totalement, souverainement, et peut s'exprimer, sans pour autant adhérer à une forme de confédération ou de fédération. Le Conseil de l'Europe n'est pas une organisation destinée à diriger un Etat supranational; ce sont des rencontres entre plusieurs Etats. Il est certain cependant qu'à travers les expériences qui ont été faites au Conseil de l'Europe, à travers les questions qui sont posées pour l'unification de l'Europe, indépendamment des problèmes de relations entre la Suisse, l'AELE et la Communauté se pose la question de l'architecture de l'Europe. Il ne fait pas de doute que cette architecture sera confédérale ou fédérale d'abord ou qu'elle ne le sera pas. Il n'a jamais été imaginé dans aucun esprit, même le plus centralisateur que je connaisse dans certains pays, que la future Europe élargie puisse être une Europe centralisée. Elle sera nécessairement une confédération d'abord, avec des structures extrêmement libres et elle pourrait ensuite évoluer vers un Etat fédéral.

C'est probablement la voie qui sera suivie mais c'est une voie qui prendra des années et ce n'est pas nécessairement demain, ni même l'année prochaine que nous parlerons de cette solution. Il s'agit d'abord de permettre aux différents Etats qui composent notre continent de se connaître et de collaborer, d'échanger et de trouver des structures très souples pour leur permettre de se rencontrer. C'est ensuite seulement que l'on ira vers une Europe avec des structures plus fermes, plus

unies mais qui ne seront jamais sans doute autre chose qu'une fédération ou un Etat fédéral, mais non un Etat centralisé. Il serait pratiquement impossible à gouverner d'ailleurs.

Telles sont les grandes lignes des principes que nous relevons et que nous défendons. Il est certain que l'expérience de notre pays en matière de fédéralisme est utile: elle est reconvenue et beaucoup de pays nous demandent de leur apporter une partie de cette expérience, de leur en parler, de la mettre à leur service. Nous le ferons très volontiers, convaincus que nous sommes qu'avec vous nous pouvons partager ce qu'il y a de plus intéressant aujourd'hui dans le monde, la coopération, mais aussi les expériences accumulées par tous les pays démocratiques au service de la démocratie générale en Europe.

**Le président:** Le Conseil fédéral ainsi que la commission vous demandent de prendre acte du rapport concernant les activités de la Suisse au Conseil de l'Europe en 1989.

*Zustimmung – Adhésion*

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

90.013

### **Parlamentarierdelegation beim Europarat. Bericht Délégation parlementaire auprès du Conseil de l'Europe. Rapport**

*Antrag der Kommission  
Kenntnisnahme vom Bericht  
Proposition de la commission  
Prendre acte du rapport*

Frau Morf unterbreitet im Namen der Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat den folgenden schriftlichen Bericht (texte français voir *Bulletin officiel du Conseil des Etats*, session d'été 1990):

#### **Bericht über die 41. ordentliche Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

##### *1. Einleitung*

Die Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat berichtet im folgenden über ihre Tätigkeit während der 41. ordentlichen Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die in drei Teilsessionen zwischen Mai 1989 und Februar 1990 in Strassburg tagte. Die Sommersession fand wegen des Besuches des sowjetischen Staats- und Parteichefs, Michail Gorbatschow, ausnahmsweise in Strassburg statt.

Die Schweizer Delegation setzte sich wie folgt zusammen:

##### *Nationalrat*

Caccia, Columberg, Morf (Präsidentin), Müller-Aargau, Petitpierre, Pini, Ruffy, Sager

##### *Ständerat*

Flückiger (Vizepräsident), Huber, Miville, Seiler

##### *Spezielle Funktionen der Delegationsmitglieder*

*Zu Beginn der Frühjahrs-session 1989 wurden:*

– Nationalrat Sager als Präsident der Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten wiedergewählt;

– Nationalrat Pini als erster Vizepräsident der Kommission für Sozial-, Gesundheits- und Familienfragen sowie als Präsident des Unterausschusses für Beschäftigungsfragen derselben Kommission wiedergewählt;

## **Europarat. Bericht**

### **Conseil de l'Europe. Rapport**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.010
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.06.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1009-1018
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 668

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.